

PM Ramona Storm, MdL
Alternative für Deutschland

DDR2.0? Neues Gesetz bekämpft Freiheitsrechte aller Bürger

Eigentlich sollte es eine längst überfällige Reaktion auf die unzähligen islamistischen Anschläge sein, die deutschlandweit beinahe im Wochentakt verübt werden. Doch die bayerische Staatsregierung ließ sich die Chance nicht entgehen, mit dem Gesetzentwurf zur „Überwachung gefährlicher Personen“ ein dezentes Hintertürchen aufzuhalten.

„Denn wer entscheidet im Endeffekt, wer zur gefährlichen Person erklärt wird?“ fragt die AfD-Landtagsabgeordnete Ramona Storm. „Der Verdacht steht im Raum, dass letztlich jeder, der dem System nicht passt oder eine unbequeme Meinung vertritt, mal schnell als Staatsfeind verfolgt wird. Wäre ja nicht das erste Mal...“

Misstrauen ist angebracht: Hausdurchsuchungen bei unbescholtenen Bürgern, deren Vergehen darin bestand, dass sie sich über einen Politiker lustig gemacht hatten. Bewährungshaft für den Chefredakteur eines kritischen Polit-Magazins wegen einer satirischen Veröffentlichung. Meldestellen bei Meinungsäußerungen auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle – das alles spricht eine andere Sprache. Und gerade wurde gegen eine Gruppe von jungen Leuten, die nicht mal vorbestraft waren, ein willkürliches Ausreiseverbot erlassen, weil sie in Mailand einen Remigrations-Kongress besuchen wollten – während Gruppen-

vergewaltiger und Messerstecher auf unseren Straßen frei herumlaufen.

Kritik am geplanten Gesetz kommt nicht nur von der AfD, sondern auch von Bayerns obersten Datenschützer Thomas Petri. Weil der Gesetzesentwurf eine erhebliche Herabsenkung der Einschreitschwellen bei polizeilichen Standardmaßnahmen wie etwa der Identitätsfeststellung der Durchsuchung einer Person oder Freiheitseingriffe wie Fußfesseln vorsieht.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der für das Gesetz verantwortlich ist, dagegen wäscht seine Hände in Unschuld. Durch das Gesetz würden die normalen gesetzes-treuen Bürger nicht betroffen, sondern sogar noch geschützt, beteuert er treuherzig.

AfD-Politikerin Storm: „Die Erfahrung hat gezeigt, dass alles, was sich zunächst angeblich nur gegen Extremisten richten sollte, gegen jeden angewendet werden kann. Und bei Bedarf auch gegen jeden angewendet wird!“